

Rede – 1 Jahr Krawall-Nacht in Stuttgart

Die Krawallnacht ist nun 1 Jahr her.

Diese Nacht hat uns alle geschockt und viele Wunden unserer Gesellschaft offengelegt.

Zunächst gilt es daher im Rückblick denen zu danken, die dieser Situation unmittelbar entgegengetreten sind. Unser Dank gilt der Polizei und den Rettungskräfte für den sehr schwierigen Einsatz in dieser Nacht. Uns ist bewusst, wie komplex und belastend solche Einsätze sind. Wir mussten erleben und erleben immer mehr, dass in vielen Städten Angriffe auf eingesetzte Polizistinnen und Polizisten, Feuerwehr und Rettungskräfte vorkommen. Diese Gewalttaten sind inakzeptabel und durch nichts zu entschuldigen.

Die Ermittlungsbehörden und die Gerichte haben diese Nacht schnell aufgearbeitet. Das ist aus juristischer Sicht eine gute Nachricht.

Gerade im Jugendstrafrecht stehen erzieherische Aspekte im Vordergrund. Diese erzieherische Wirkung können Strafen nur dann entfalten, wenn sie der Tat „auf dem Fuße folgen“.

Im Jugendstrafrecht ist es deswegen ganz besonders entscheidend, dass die Verfahren rasch erfolgen.

Wir wollen, dass junge Menschen die verurteilt werden, möglichst nie wieder vor einem Strafrichter stehen, sondern aus ihrer Verfehlung lernen.

Die verbesserte Schnelligkeit der Verfahren ist darum ein Erfolg.

Sie ist auch ein Ergebnis des konsequenten Stellenaufbaus in der Justiz und in der Polizei durch die Grün-Schwarze Koalition.

Insbesondere Jugendstrafe und Strafvollzug müssen aber auch inhaltlich weiter entwickelt werden. Haftvermeidung bei gleichzeitiger sozialpädagogischer und erzieherischer Begleitung ist vorrangig. Problemlagen wie Sucht und psychische Auffälligkeiten müssen durch gute ambulante Angebote aufgefangen werden können.

Wenn Haft nicht vermieden werden kann, ist unsere Verantwortung als Land, den Jugendvollzug so auszustatten und auszugestalten, dass er seiner Aufgabe nachkommen kann. Im Koalitionsvertrag haben wir uns dazu vieles vorgenommen. So wollen wir z.B. offene Vollzugsformen ausbauen. Musterprojekte wie das Seehaus Leonberg zeigen, was man in der Arbeit mit Jugendlichen Straftäterinnen und Straftätern erreichen kann. Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten werden ausgebaut werden. Der Wohngruppenvollzug wird ausgebaut.

Denn ein erzieherischer Jugendvollzug ist kein Ausdruck von Kuschelpädagogik, sondern Auftrag und klares Ergebnis der statistischen Zahlen - Rückfallkriminalität lässt sich nicht durch Strafhärte reduzieren. Vielmehr braucht es Maßnahmen, die

- Unrechtseinsicht wecken,
- die Kompetenzen für sozialverantwortliches Handeln stärken,
- die Empathiefähigkeit fördern
- und Chancen sozialer Teilhabe verbessern.

Investitionen in die Resozialisierung von Gefangenen zahlen sich aus.

Damit verhindern wir den Abbruch und die Negativspirale in Lebensbiographien der Täter, damit verringern wir das Risiko der Mehrfachkriminalität

Aber wir dürfen bei der Frage der rechtlichen Aufarbeitung der Krawallnacht keinesfalls stehen bleiben.

Wenn das was von einem Sommerabend junger Menschen im Herzen des Landes Baden-Württembergs übrigbleibt, 100 Jahre Freiheitsstrafen sind, dann ist das nichts, worüber wir uns freuen können.

Strafvollzug ersetzt nicht Politik, Folgenbekämpfung ersetzt nicht Ursachenvermeidung. Das sehen wir bereits daran, dass die strafrechtliche Aufarbeitung der Stuttgarter Krawallnacht nicht verhindern konnte, dass wir aus immer mehr Städten Problemlagen gemeldet bekommen.

In vielen Städten fehlen Plätze, an denen sich junge Menschen ohne Konsumzwang treffen können. Das war bereits vor der Pandemie ein Problem, das hat sich jetzt verschärft, weil Ausweichmöglichkeiten fehlen. Viele Freizeiteinrichtungen können pandemiebedingt noch nicht wieder öffnen. Verbote führen aber zu Verdrängung. Die jungen Menschen sind dennoch da. Wir können weder sie, noch den wilden Drang junger Jahre, aus der Welt verbieten. Wie schaffen wir also Freiräume zu ermöglichen, und gleichzeitig Exzesse und kollektive Gesetzesübertretungen zu vermeiden? Das ist eine Politikaufgabe, vor der wir uns nicht wegducken dürfen!

Im Koalitionsvertrag haben wir daher mit der CDU vereinbart, das Konzept „sichere öffentliche Räume“ weiterzuentwickeln.

- Akteure wollen wir besser vernetzen
- die kommunale Kriminalprävention stärken
- und Hilfs- und Beratungsangebote ausbauen.

Gleichzeitig müssen wir im Dialog mit den Menschen vor

Ort , mit den Jugendlichen mutig sein, Ideen zu entwickeln und Freiräume zu schaffen Es geht um kreative Ideen, wie temporäre Zwischennutzungen von Freiflächen, bessere Gestaltung von öffentlichen Plätzen.

Wir müssen vor allem darüber sprechen, wie wir die Kommunen mit mehr Streetworkerinnen und Streetworker und aufsuchender Sozialarbeit unterstützen können.

Wir ermutigen die Kommunen Nachtbürgermeisterinnen und Nachtbürgermeister einzusetzen.

All dies sind Maßnahmen, die vor Ort helfen können, Freiräume zu schaffen ohne gleichzeitig Freibriefe für Gesetzesübertritte zu geben.

Lassen Sie mich aber einen letzten Satz anfügen. Unsere Politische Aufgabe geht hierüber weit hinaus – vor allem müssen wir den Menschen in unserem Land das Gefühl geben, mit ernsthaftem Interesse Zukunftsperspektiven für diese Erde zu eröffnen. Nur wer in eine Zukunft gehen kann, hat Motivation, sich darauf auszurichten. Wenn wir unsere Lebensgrundlagen nicht erhalten und der Jugend eine Zukunft anbieten können, brauchen wir uns nicht über Auswüchse zu beklagen.. Zukunftsangst drückt sich aus in exzessiven Lagen -wer nichts mehr erwartet, hat keine Motivation sich auf ein besseres Morgen auszurichten.

Hier liegt unser politischer Auftrag, auf den wir uns ausrichten müssen und hierauf haben wir unseren Koalitionsvertrag ausgerichtet. Unterstützen Sie uns konstruktiv, hier weiterzukommen!

